

## Institutionelles Abkommen Schweiz – EU

Die SBVg begrüsst ausdrücklich, dass das bisherige Verhandlungsergebnis in Bezug auf das institutionelle Abkommen nun publik ist. Dies ermöglicht eine sachgerechte Diskussion unter Einbezug aller relevanten Interessenvertreter.

Für die Schweizer Bankenbranche ist die Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges in den Beziehungen zur EU essentiell. Ein institutionelles Abkommen erachteteten wir als eine Grundbedingung für die zukünftige Ausgestaltung des Marktzugangs in die EU.

### Position der SBVg

- Der Marktzugang ist für die Schweizer Banken sehr wichtig. Eine institutionelle Regelung mit der EU, wie im zur Diskussion stehenden Abkommen, ist ein entscheidender Schritt, damit der Weg offensteht, um notwendige und praktikable Marktzugangslösungen konkretisieren zu können.
- Viele Elemente des derzeitigen Verhandlungsergebnisses sind positiv zu werten und für die Schweiz vorteilhaft. Aber auch aus Sicht der Bankenbranche bestehen kritische Punkte, über die in der lancierten Konsultation intensiv und lösungsbezogen diskutiert werden muss.
- Bei einem Verhandlungsabbruch läuft die Schweiz Gefahr, in eine längere Phase der Stagnation in ihren Beziehungen zur EU zu geraten. Für die Gesamtwirtschaft würden dieser Stillstand und die damit einhergehende Unsicherheit zu einer kontinuierlichen Erosion des Marktzugangs führen.
- Im Bereich der grenzüberschreitenden Bank-, Wertpapier- und Anlagedienstleistungen fehlt der Marktzugang derzeit weitgehend. Für die Schweizer Banken ist eine institutionelle Regelung mit der EU ein entscheidender Schritt, damit für die Branche notwendige und praktikable Marktzugangslösungen konkretisiert werden können - sowohl in Bezug auf wichtige Partnerstaaten als auch auf EU-Ebene (z.B. in der Form von Äquivalenzverfahren). Ohne ein institutionelles Abkommen stehen Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuererträge der Bankenbranche, eines bedeutenden Wirtschaftszweigs in der Schweiz, auf dem Spiel.

## **Eine institutionelle Regelung ist sowohl aus Sicht der Gesamtwirtschaft als auch aus Sicht der Bankenbranche wichtig**

- Wir begrüßen, dass das bisherige Verhandlungsergebnis in Bezug auf das institutionelle Abkommen nun publik ist. Dies ermöglicht eine sachgerechte Diskussion unter Einbezug aller relevanten Interessenvertreter.
- Wir stimmen mit dem Bundesrat überein, dass der – unbestrittenermassen für die Gesamtwirtschaft wichtige – bilaterale Weg weiterentwickelt werden muss, um zukunftsfähig zu bleiben. Das vorgeschlagene institutionelle Abkommen ist eine Bedingung dafür und bringt nicht nur wesentliche Fortschritte (insbesondere mit Blick auf die Rechtssicherheit), sondern auch Vorteile für die Schweiz.
- Wir stimmen der Einschätzung des Bundesrates zu, dass eine Sistierung oder ein Aufschieben der Verhandlungen, verbunden mit dem Risiko eines Verhandlungsabbruchs, zu einem gefährlichen Stillstand oder sogar einer Erosion beim bilateralen Weg führen kann. Es ist ungewiss, ob zu einem späteren Zeitpunkt Verhandlungen wieder aufgenommen und zeitgerecht gleichwertige oder bessere Ergebnisse hervorgebracht werden können.
- Ein Stillstand und die damit verbundene Unsicherheit würden einen Rückschritt bedeuten und zu einer laufenden Erosion des bestehenden Marktzugangs führen. Dies wird sich letztlich negativ auf den Finanzplatz Schweiz, Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft und auf Steuererträge auswirken.

## **Die Banken sind auf einen stabilen und verlässlichen Marktzugang angewiesen. Ohne ein institutionelles Abkommen steht viel auf dem Spiel**

- Eine erste Einschätzung zeigt, dass viele Elemente des derzeitigen Verhandlungsergebnisses positiv zu werten und für die Schweiz vorteilhaft sind. Das Abkommen schafft insbesondere Rechtssicherheit und verlässliche Prozesse, was im Vergleich zum Status Quo ein wesentlicher Fortschritt ist.
- Aber auch aus Sicht der Bankenbranche bestehen kritische Punkte, über die in der Konsultation intensiv und lösungsbezogen diskutiert werden muss.
- In gewissen Themen zeichnet sich ab, dass dies eine anspruchsvolle Diskussion erfordern wird. Seitens der Bankbranche besteht die Erwartung, dass diese Diskussion substanz- und lösungsbezogen geführt und nicht durch starres Festhalten an bisherigen Positionen verunmöglicht wird.
- Für die Bankenbranche geht es, anders als für andere Wirtschaftszweige, im Grunde genommen nicht um eine „Weiterentwicklung“ des bilateralen Wegs. Denn der Marktzugang zur EU fehlt für die Schweizer Banken derzeit weitgehend. Insofern ist es für die Banken sehr wichtig, dass Möglichkeiten geschaffen werden, um notwendige und praktikable Marktzugangslösungen sowohl in Bezug auf wichtige Partnerstaaten, als auch auf der EU-Ebene (z.B. Äquivalenzverfahren) konkretisieren zu können. Eine institutionelle Regelung mit der EU, wie im zur Diskussion stehenden Abkommen, ist ein entscheidender Schritt, damit der Weg dafür offensteht.

# • SwissBanking

- Gleichzeitig muss aber sichergestellt werden, dass das institutionelle Abkommen diesbezügliche Optionen nicht unnötig einengt. Das Abkommen muss Raum lassen für sinnvolle und praktikable Marktzugangslösungen, welche die Realitäten der Bankenbranche berücksichtigen. Dies dürfte Klarstellungen im Rahmen der laufenden Konsultation erfordern.
- Es geht insbesondere auch für die Bankenbranche darum, die Wertschöpfung dieses bedeutenden Wirtschaftszweigs in der Schweiz zu behalten. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Schweiz Weltmarktführerin im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft ist. Ein substantieller Anteil der in der Schweiz grenzüberschreitend verwalteten Vermögen stammt von Kunden, die im EU-Raum domiziliert sind. In der Schweiz werden Vermögen von Kunden aus dem EU-Raum in der Grössenordnung von etwa CHF 1'000 Milliarden betreut. Rund 20'000 Bankmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind direkt in diesem Geschäftsbereich aktiv. Dies generiert in der Schweiz jährlich Steuern von schätzungsweise 1.5 Milliarden Franken.
- Im Bereich des Asset Managements in der Schweiz werden nebst dem Heimmarkt Vermögen von vorwiegend institutionellen EU-Kunden in der Grössenordnung von rund CHF 100 Milliarden betreut. Die Bedeutung des Marktzugangs wächst, da der Heimmarkt zunehmend gesättigt ist und die Nachfrage nach institutionellem Asset Management in der EU zunehmen wird.
- Ohne ein institutionelles Abkommen besteht das Risiko, dass dieses bedeutende Geschäft entsprechend schrumpft. Das wäre mit einem weiteren Wegfall von Arbeitsplätzen und Steuererträgen in der Schweiz verbunden.